

Erkenntnisse über die Wichtigkeit von Exhumierungen für die Angehörigen von Opfern

Eine der Empfehlungen der Wahrheitskommission (CEH) und des REMHI war, die Exhumierungen voranzutreiben, als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Versöhnung. Wichtig auf jeden Fall, aber auch sehr schmerzhaft für die Angehörigen. Trotzdem ist es ihnen ein Anliegen zu erfahren, wo ihre Angehörigen umgebracht und begraben wurden und sie wollen ihnen eine würdevolle Bestattung zukommen zu lassen. Erst dann können die Toten und vielleicht auch ihre lebenden Angehörigen, zur Ruhe kommen.

Martina Greiter vom Guatemala-Netz Bern hat die Exhumierungsequipe der Diözese Quiché bei ihrer Arbeit begleitet. Im folgenden Artikel berichtet sie über ihre Erkenntnisse über die Wichtigkeit von Exhumierungen für die Angehörigen von Opfern.

Im Jahr 1998 war Padre Rigoberto Pérez Garrido in der Schweiz zu Besuch, um in unseren Breitengraden die vier Bände "Guatemala - nunca más" vorzustellen. Er war in der Diözese Quiché Koordinator des in seiner Qualität herausragenden, von der katholischen Kirche initiierten REMHI-Projekts (Recuperación del la Memoria Histórica) zur Wiederaufarbeitung des historischen Gedächtnisses. Dieses Werk stellt in Guatemala eine sehr wichtige Grundlage für Friedens- und Versöhnungsarbeit dar, auch wenn seine Wirkungskraft durch den Mord an Bischof Gerardi stark eingedämmt wurde. In den Empfehlungen des REMHI haben Exhumierungen einen sehr wichtigen Stellenwert.

Zu Beginn dieses Jahres hatte ich während meines Guatemala-Aufenthaltes die Möglichkeit, eine Gemeinde in Nebaj bei einer Exhumierung zu begleiten. Padre Rigoberto bot mir an, die Arbeit der Exhumierungsequipe der Diözese Quiché kennen zu lernen, und je nach Art der Arbeit auch mitzuhelfen. Obwohl ich sehr interessiert war, kamen mir im ersten Moment Zweifel auf. Ich fragte mich, wie ich wohl dieses tiefgehende Erlebnis verkraften würde - ich naive, vom Leben bisher gut behandelte Schweizerin mit bisher noch sehr wenig Erfahrungen mit Tod, geschweige denn mit Opfern von schlimmsten Massakern und deren Angehörigen. Natürlich habe ich mich mit dem Thema beschäftigt, gelesen, Videos gesehen, aber die Wirklichkeit ist eine andere Dimension und ehrlich gesagt, fürchtete ich mich ganz im Innersten etwas davor.

Trotz dieser Zweifel entschied ich mich, nach Nebaj, in die vom internen Konflikt am schlimmsten betroffene Ixil-Region, zu reisen. Ich wurde kurz nach meiner Ankunft in das Labor der Equipe geführt, das ich mir etwas anders vorgestellt hatte. Ein PC und ein veraltetes Mikroskop sind die modernsten zur Verfügung stehenden Hilfsmittel. Sonst wird mit einfachsten Metho-

den gearbeitet. Die Equipe bestand zu jener Zeit aus zehn Personen aus verschiedenen Ländern, die aus den Bereichen Archäologie, Anthropologie, Zahntechnik, Sozialarbeit und Menschenrechte kamen. Ausserdem gehörte Don Marcelino zur Equipe und eine weitere Guatemaltekin, die für die Begleitung der Gemeinden vorwiegend auf administrativer Ebene zuständig war.

Ich bin mir bewusst, das die folgende Beschreibung sich trocken und technisch anhört, aber so in etwa gestaltet sich die Laborarbeit der Equipe. Als erstes werden die Knochenteile mit Zahnbürstchen, Pinseln etc. sehr gründlich gereinigt und dann vor allem bei komplexen Körperteilen wie Schädel, Händen und Füßen in mühsamer Puzzle-Arbeit zusammengesetzt, um zu notieren, welche Teile fehlen. Der Zustand der Knochen und wichtige Erkenntnisse, die bezüglich der Todesursache gemacht werden können, werden notiert, um später in den Schlussbericht einzufließen. Das Alter der Opfer wird durch die Zahntechnikerin geschätzt. Auch die sich teilweise noch in gutem Zustand befindende Kleidung wird gereinigt.

In einem hinteren Raum, mit einem Altar und vielen Kerzen ein Ort der Stille und des Gebetes, wurden zu jener Zeit die Überreste von etwa 100 sich in Analyse befindenden Menschen, vielen Männern aber auch von sehr vielen Frauen und Kindern, in Kartonschachteln aufbewahrt. Man stelle sich vor, dass diese Menschen nur einen kleinen Teil aller Massakeropfer in der Region Nebaj darstellen, alles unschuldige Indígenas, die in tiefster Armut lebten. Für mich ist es ausserordentlich schwierig, einigermassen nachzuvollziehen, was sich in den 80er Jahren dort ereignete. Es ist einfach unfassbar. Nur die Überlebenden wissen, wie es wirklich war. Aber nicht nur die Vergangenheit ist schwierig nachzuvollziehen.

Nein, auch die Gegenwart. Häufig leben Täter und Opfer heute noch in denselben Dörfern zusammen.

Am nächsten Tag durfte ich einen Teil der Equipe bei der Feldarbeit begleiten. Ich möchte in der Folge die Eindrücke dieses Tages genauer schildern:

Am Morgen stürzten wir uns in Gummistiefel, setzten uns in den Jeep und fuhren in ein Dorf, das etwas ausserhalb von Nebaj liegt. Don Marcelino, der als Katechet mit den Leuten den CPR- (Widerstandsdörfer) Sierra lebte und jetzt im Pfarreiteam von Nebaj mitarbeitet, begrüsst uns dort. Er lebt in diesem Dorf. Don Marcelino ist in der Exhumierungsequipe für den Bereich Salud Mental zuständig und begleitet die Angehörigen während des ganzen Prozesses.

Zusammen mit den Angehörigen machten wir uns auf einen einstündigen Fussmarsch an die Stelle, wo schon am Vortag die Grube ausgehoben wurde. Gemächlich kamen alle Angehörigen dort an, die Frauen ganz am Schluss. Sie setzten sich etwas entfernt auf den Boden und kamen erst später an den Grubrand.

Ein Ermordeter war schon vollkommen freigelegt. Zu seinen Füssen hatte er eine Tasse und einen Teller, wie auch seine zwei anderen Gefährten, die im Verlaufe dieses Tages ebenfalls freigelegt und Körperteil für Körperteil, Knochen für Knochen in die schon vorher beschrifteten Papiertüten und danach in drei Kartonschachteln gelegt wurden. Ihre Angehörigen hatten in diesem Fall noch die Zeit, ihre ermordeten Gefährten in aller Eile und wahrscheinlich unter Lebensgefahr in Holzkisten zu vergraben.

Der Tag begann mit einer sehr eindrücklichen, kurzen Besinnung, worauf sich die drei Männer der Equipe an die Arbeit machten. Sie arbeiteten den ganzen Tag, nur mit einer einstündigen Mittagspause. An Essen fehlte es ihnen während der Feldarbeit nicht. Die Frauen überhäufte sie regelmässig mit mitgebrachten Lebensmitteln. Zur Mittagszeit wird in aller Ruhe zusammen gegessen.

Was mich vor allem beeindruckte, war der langsame und ruhige, sehr schmerzhaft und heilende Prozess, der von den Menschen aber gemeinsam durchgemacht werden darf, dies mit unterstützender Begleitung eines Katecheten. Im Verlauf eines Prozesses, der über die eigent-

liche Ausgrabung hinausreicht, erfahren die Angehörigen direkte Anteilnahme, sie dürfen von dem sprechen, was lange Zeit und aus Angst verdrängt werden musste. Auch die Opfer erlangen dadurch ihre Würde wieder. Sie sind nicht einfach verscharrte Tiere oder gefährliche Guerrillas, wie von der Regierungspropaganda ständig verkündet. Es sind Menschen, die das Anrecht auf eine würdige Beerdigung haben.

Die Equipe arbeitet am Tag der tatsächlichen Ausgrabung sehr hart unten in der Grube und die Angehörigen dürfen am Rand in Ruhe zuschauen, sie, die sonst immer unter misslichsten Bedingungen arbeiten müssen, sie dürfen an diesem Tag nachdenken, weinen, miteinander Erfahrungen austauschen, staunen, was da unten geschieht. Zwischendurch legt sich der eine oder die andere für ein Nickerchen hin, kommt dann wieder zurück und schaut wieder zu.

Es war sehr eindrücklich und an diesem Tag habe ich erkannt, welche grosse Wichtigkeit dieser heilende Prozess für die Angehörigen hat. In der Maya-Kultur haben die Menschen ein sehr enges Verhältnis mit ihren Toten. Ich denke, dass Exhumierungen für alle ähnlich betroffenen Menschen, egal welcher Kultur, sehr wichtig sind zur Wahrheitsfindung, um mit etwas ganz Schlimmen abzuschliessen und neu zu beginnen, aber gerade in der Maya-Kultur ist es äusserst wichtig.

Nach vollbrachter Arbeit wurde am Abend wieder eine kurze Andacht gefeiert und danach machten sich die Männer aus dem Dorf daran, die Grube eigenhändig wieder zuzuschaukeln, was ebenfalls ein höchst symbolischer und wichtiger Akt war. Nach diesem endgültigen Zuschaukeln von etwas Grausamen, das die Menschen jetzt aber benennen können, wird später die feierliche Beerdigung ihrer Angehörigen stattfinden.

Die Männer buckelten die drei Schachteln und zusammen wanderten wir wieder ins Dorf zurück. Man konnte die Erleichterung der Menschen sehr gut spüren. Sie bedankten sich herzlich bei der Equipe und wir fuhren zurück nach Nebaj, wo die Überreste analysiert werden.

Grundsätzlich werden alle Überreste untersucht, auch diejenigen von Leichen, die identifiziert werden konnten. Es geht dabei um eine genaue Bestandsaufnahme der gefundenen Knochen, ihren Zustand,

vor allem aber auch darum, die mögliche Todesursache (Machete, Kugeln, etc.) herauszufinden.

Die Zukunft der Exhumierungsequipe ist sehr unsicher. Wie so oft fehlt es an Finanzen. Auch personeller Mangel besteht und der Staat und obskure Kräfte aus der Vergangenheit legen ihnen so viele Steine wie möglich in den Weg. Die Equipe trifft mit ihrer Arbeit natürlich den Nerv der verantwortlichen Täter.

Anfang Mai wurde Schwester Barbara Ann Ford ermordet, die zuletzt im Quiché Angehörige bei Exhumierungen begleitete. Exhumierungen haben neben der heilenden Wirkung für die Angehörigen auch eine wichtige Funktion bei der Vorbereitung von möglichen Gerichtsprozessen und somit im Kampf gegen die Strafflosigkeit. Dies steht allerdings bei dieser kirchlichen Equipe eher im Hintergrund. Im Vordergrund stehen die lebenden und toten Opfer, deren Würde zurückgegeben werden soll. Es wäre schlimm, wenn diese Equipe nicht fortfahren könnte mit ihrer Arbeit. Noch sehr viele Menschen, nicht nur im Ixcán sondern im ganzen Land, warten auf eine Exhumierung von Gräbern, in denen sie die Leichen ihrer Angehörigen vermuten.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Fall Gerardi: Urteil gefällt

Guatemala, 9. Juni. Auf Mitternacht war es angekündigt, morgens um 5.30 Uhr wurde es gefällt, das Urteil im Fall Gerardi. Das Gericht, zusammengesetzt aus zwei Frauen und einem Mann, verurteilte den früheren Geheimdienstchef, Disrael Lima Estrada, zu dreissig Jahren Gefängnis wegen aussergerichtlichen Hinrichtung. Die selbe Strafe erhielten die beiden ehemaligen Mitglieder der Präsidentengarde Byron Lima Oliva und José Obdulio Villanueva, wobei Lima Oliva eine zusätzliche Strafe von zwei Jahren wegen Gebrauch von falschen Dokumenten erhielt. Der Priester Mario Orantes wurde wegen Komplizenschaft zu zwanzig Jahren verurteilt. Die Haushälterin, Margarita López, wurde freigesprochen.

Die Anwälte der Militärs und Orantes' kündeten an, das Urteil anzufechten. Dazu haben sie zehn Tage Zeit.

Zum ersten Mal hat in Guatemala ein ziviles Gericht Militärangehörige verurteilt, die in schwere Menschenrechtsverletzungen involviert sind. Das Urteil wird von der katholischen Kirche und den Menschenrechtsorganisationen als historisch und ausserordentlich wichtig

gewertet. Es sei ein erster Schritt auf dem Weg zur Bekämpfung der Straflosigkeit.

Als Farce bezeichnete Byron Lima Oliva das Urteil. Die Anwesenheit so vieler ausländischer BeobachterInnen, darunter die amerikanische Botschafterin Prudence Bushnell, sei ein klarer Beweis dafür, dass die RichterInnen bestochen worden seien. Er sei unschuldig und würde weiterkämpfen, bis das bewiesen sei, erklärte Lima Oliva.

Als Kronzeuge gilt Ruben Chanax Sontay, ein Obdachloser, der sich in der Nähe des Pfarrhauses, in dem Gerardi lebte, aufhielt. Er sagte vor Gericht aus, er sei von den Limas und Villanueva angeheuert worden, um Bischof Gerardi auszuspionieren. Ihm wurde angekündigt, dass in besagter Nacht jemand sterben werde. Chanax Sontay gab an, Villanueva und Lima Oliva in der Mordnacht im Haus des Bischofs gesehen zu haben. Lima Oliva habe den Toten bewegt und Videoaufnahmen von ihm gemacht, während sein Vater, Lima Estrada aus einer nahegelegenen Kantine die Operation überwacht habe.

Die Anwälte der Verurteilten sagten, Chanax Sontay sei von Menschen-

rechtsgruppen dafür bezahlt worden, diese Aussage zu machen und die Regierung benutze die drei Militärs als Sündenböcke für die Menschenrechtsverletzungen während des Krieges und um das Image der Justiz aufzupolieren.

In der Schlussresolution des Gerichts hiess es: "Die Ermordung des Bischofs hat politische Motive. Sie war nur möglich mit personeller und infrastruktureller Hilfe des Staates. Die intellektuellen und materiellen Urheber sind in den Sicherheitskräften des ehemaligen Präsidenten Alvaro Arzú zu finden". Deshalb gab sich das Gericht nicht mit der Verurteilung der vier zufriedenen sondern ordnete weitere Untersuchungen an.

Der Staatsanwaltschaft wurde aufgetragen, Untersuchungen gegen Rudy Vinicio Pozuelos, Ex-Chef des präsidialen Generalstabs (EMP), Francisco Escobar Blas, seinen Stellvertreter sowie gegen Eduardo Villagran Alfaro und Julio Manuel Meléndez Crispín, ebenfalls Mitglieder des EMP einzuleiten. Weiter soll eine Untersuchung gegen Dario Morales geführt werden, der in der Mordnacht aus ungeklärten Gründen am Tatort auftauchte und fotografierte.

Verletzung des Rechts, sich zu ernähren

Guatemala, 29. Mai. Vor mehr als vier Jahren wurden 32 ArbeiterInnen der Kaffeefinca Nueva Florencia, Colomba, Quetzaltenango entlassen, unmittelbar nachdem sie eine Gewerkschaft gegründet hatten. Sie hatten sich organisiert, um die schlechten Arbeitsbedingungen im Kaffeeanbaugebiet von Colomba zu verbessern. (Der gegenwärtige Mindestlohn ist so niedrig, dass er nicht einmal ein Fünftel des Grundwarenkorbs für eine Familie deckt, die Situation vor vier Jahren war nicht viel besser). Die Namen der Entlassenen KaffeepflückerInnen wurden auf "schwarze Listen" gesetzt, so dass sie auch keine Arbeit auf benachbarten Fincas finden können.

Unter Begleitung der Landpastoral des Bistum Quetzaltenango und der Interdiözesanen Landpastoral haben die ArbeiterInnen den Prozessweg eingeschlagen. Am 16. Juni 1998 erliess die Vierte Kammer des Arbeits- und Sozialgerichts eine Resolution, die die sofortige Wiedereinstellung aller entlassenen ArbeiterInnen und die Zahlung aller seit dem Datum der Entlassung einbehaltenen Löhne anordnete. Die Arbeitgeberseite legte gegen diese Resolution über mehrere Instanzen hin Berufung ein. Letztendlich entschied am 4. Januar 2000 der Verfassungsgerichtshof auf sofortige

ge Durchführung besagter Resolution.

Trotzdem weigert sich die Familie Bruderer Berger, Eigentümerin der Finca Nueva Florencia, der Anordnung der höchsten gerichtlichen Instanz Guatemalas Folge zu leisten, so dass die ArbeiterInnen noch immer ohne Arbeit sind und keine Grundlage haben, sich zu ernähren.

Es ist offensichtlich, dass der guatemaltekeische Staat es bis jetzt nicht geschafft hat, die Arbeitsrechte, vor allem das Recht, sich zu ernähren, der betroffenen Familie wirksam zu schützen. Als Unterzeichnerstaat des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ist Guatemala verpflichtet, das Menschenrecht auf Nahrung zu schützen.

Seit 1998 hat die international arbeitende Menschenrechtsorganisation FIAN den Fall Nueva Florencia begleitet. 1998 intervenierte FIAN mittels eines Gespräches mit dem damaligen Arbeitsminister, 1999 mit einer Eilaktion und mit Briefen an die Gerichtsinstanzen. Die Ergebnisse dieser Aktionen fielen sehr positiv aus: Der Arbeitsminister erklärte die Gewerkschaft von Nueva Florencia im November 1999 für rechtmässig und im Januar fällte das Verfassungsgericht das erwähnte Urteil. Im Juli

2000 führte FIAN ein Gespräch mit dem gegenwärtigen Arbeitsminister, der versprach, die zur unmittelbaren Wiedereinstellung und zur Zahlung der einbehaltenen Löhne notwendigen Massnahmen zu ergreifen. Trotzdem fährt die Familie Bruderer Berger fort, sich elementar rechtsstaatlichen Prinzipien zu widersetzen.

Die Situation der entlassenen KaffeepflückerInnen ist prekär: Sie werden bedroht, ihre Kinder wurden vom Schulunterricht ausgeschlossen und nicht zu den gesetzlich vorgeschriebenen Impfungen zugelassen. Den Frauen wurde der Zugang zur Maismühle versperrt, ihren Häuser wurden die Dächer abgedeckt, einige wurden sogar angezündet. Die Hälfte der 32 ArbeiterInnen hat während den Jahren dem Druck der Repression nachgegeben und sich mit geringfügigen Abfindungszahlungen zufriedengegeben.

Nun rufen die Landpastoral von Quetzaltenango und FIAN zu einer erneuten Eilbriefaktion auf. Die guatemaltekeische Regierung soll gedrängt werden, in diesem sehr wichtigen Fall dafür zu sorgen, dass der Straffreiheit bei Arbeitsrechtsverletzungen ein Ende gesetzt wird. Informationen über die Aktionen sind zu finden auf www.fian.de.

Versöhnungsversuche des Militärs

Guatemala, 25. Mai. Unter Beteiligung von rund 2000 Personen feierte das guatemaltekische Militär in der Kaserne von Quetzaltenango den Tag der "Wiederversöhnung mit dem indigenen Volk". Hauptredner der Veranstaltung war Präsident Portillo, der verkündete: "Es gibt Leute, die überstürzte Massnahmen ergreifen wollen. Doch was der Friede braucht, ist eine immense Anstrengung aller". Weiter gab Portillo zu, dass eine grosse Ungleichheit und Marginalisierung gegenüber der indigenen Bevölkerung bestehe, "die es zu überwinden gelte".

Auch die "Indígenaprinzessin", Mercedes Marroquín, nahm an der Veranstaltung teil und sagte in ihrer Rede, eine Versöhnung sei nicht möglich, solange die aktuellen Probleme nicht gelöst seien. "Es ist schwierig, einen Frieden aufzubauen, solange es Dominierende und Dominierte gebe, solange ein Grossteil der Bevölkerung vom politischen Geschehen ausgeschlossen sei und solange sich eine Rasse (!) der anderen überlegen fühle, meinte Marroquín.

Zur "Feier" eingeladen waren auch VertreterInnen der Mayaorganisationen, die jedoch nicht erschienen. Ein Offizier der Kaserne, der an der

Organisation der Veranstaltung beteiligt war, erklärte, dies alles sei ein grosser Schwindel. Alle Leute die teilnahmen, seien dafür bezahlt worden, gab er zu.

Als einen Hohn bezeichneten auch die Indígenaorganisationen diesen "Tag der Versöhnung und des Zusammenfindens". Die *Defensoría Maya* erklärte in einer Pressemeldung, dass es dem Militär einzig darum gehe, die Spuren der Repression und der Massaker auszuwischen.

Was das Militär machen müsse, sei, die Mayabevölkerung zu entschädigen und die ehemaligen Soldaten, Militärkommissäre und Zivilpatrouillen sowie all diejenigen, die immer noch Gemeinden zerstören, zu erziehen. Die nationale Versöhnung sei zwar notwendig, doch solche öffentlichen Veranstaltungen seien nichts als eine Show.

Weiter erinnerte die *Defensoría Maya* daran, dass die Friedensabkommen über die Rechte und Identität der indigenen Bevölkerung, über die Stärkung der Zivilbevölkerung und über die Rolle des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft noch nicht umgesetzt sind.

Ähnlich ungeschickt stellte sich

das Militär in Santiago Atitlán, Sololá, an, wo es unter dem Slogan "Soziale Versöhnungskampagne" der Bevölkerung Düngemittel zum halben Preis abgeben wollte. Die Bevölkerung von Santiago Atitlán wehrte sich gegen die Militärpräsenz; zu frisch sind die Erinnerungen an das Massaker von 13 BäuerInnen der Ethnie Tzu'tujil, das vom Militär am 2. Dezember 1990 begangen wurde.

Ricardo Sulugui von der *Defensoría Maya* wies darauf hin, dass Aktionen wie die Abgabe von Düngemittel an die Bevölkerung über die Gemeindebehörde koordiniert werden müssten und wies darauf hin, dass von Versöhnung erst gesprochen werden könne, wenn die Verantwortlichen der Repression und der Massaker zur Verantwortung gezogen würden.

Das Abgeben von Düngemittel ist eine Regierungskampagne, in deren Rahmen 2,3 Millionen Säcke Düngemittel zu billigen Preisen abgegeben wird. Gegen diese Kampagne sprach sich die Vereinigung der Indígenabürgermeister und -Behörden (AAGAI) aus, mit der Begründung, sie würde zu politischen Zwecken missbraucht und die einzigen, die davon profitieren, seien die FRG-nahen Gemeinden.

Bevölkerung klagt gegen Ríos Montt

Guatemala, 6. Juni. BewohnerInnen aus elf Indígenagemeinden reichten bei der guatemaltekischen Justiz einen Strafantrag gegen General Efraín Ríos Montt wegen Genozid und Verbrechen gegen die Menschheit ein, begangen in den Monaten März bis Dezember 1982.

Angeklagt werden nebst Ríos Montt fünf Mitglieder der damaligen Militärführung: Horacio Egberto Maldonado Schaad, Francisco Luís Gordillo Martínez, Héctor López Fuentes y Oscar Humberto Mejía Víctores. Die drei erstgenannten gehörten der Militärjunta an, die am 23. März 1982 den Staatsstreich für Ríos Montt ausführte, López Fuentes war Chef des Generalstabs und Mejía Víctores amtierte als Verteidigungsminister.

Die Klage wurde eingereicht von der *Vereinigung für Gerechtigkeit und Versöhnung* (AJR), in der die BewohnerInnen der Klärgemeinden organisiert sind, unterstützt von der Menschenrechtsorganisation CALDH und Amnesty International.

Es ist die erste Klage gegen Ríos Montt in Guatemala, nachdem im

Dezember 1999 die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú in Spanien gegen ihn klagte. Diese Aktion wurde von staatlicher Seite stark kritisiert. Es wäre nicht nötig gewesen, den Fall ins Ausland zu tragen, die guatemaltekischen Gerichte könnten ebenso gut darüber richten, hiess es damals.

Paul Seils, Rechtsberater von CALDH versicherte, sie gäben der Staatsanwaltschaft zehn Monate Zeit, um die Untersuchungen gegen die Angeklagten durchzuführen. Ansonsten würden sie den Fall vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission bringen. Die Klage wurde rechtzeitig eingereicht: Im April nächsten Jahres wären die Taten nämlich verjährt und die Verantwortlichen könnten nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden.

Hinter dieser Klage steckt eine Menge Arbeit. Rund fünfzig Personen und zwanzig internationale Organisationen haben in den letzten vier Jahren daran gearbeitet. Fachleute aus den Bereichen Anthropologie, Soziologie, Menschenrechte und in militärischen

Belangen wurden beigezogen.

Nachdem die Klage bei der Staatsanwaltschaft deponiert war, organisierte die AJR ein öffentliches Hearing über die Anschuldigungen gegen Ríos Montt. Am Nachmittag reisten die KlägerInnen in ihre Gemeinden zurück, in Begleitung von rund 15 internationalen BeobachterInnen, die während den nächsten Monaten bei ihnen bleiben und sie in ihrem Bestreben unterstützen werden.

"Ich bin für sie ein politisches Hindernis, das sie aus dem Weg räumen wollen", meinte Ríos Montt in Bezug auf die Personen, die gegen ihn Klage eingereicht haben. In Bezug auf die Presse meinte er, sie solle sich nicht wie die Anklagende oder die RichterIn benehmen, er würde alle Fragen beantworten, aber nur vor Gericht. Mejía Víctores reagierte ebenso. Als "Opportunisten" und "der Guerilla nahestehend", bezeichnete Gordillo Martínez die VertreterInnen von CALDH. In Friedenszeiten müsse man versöhnliche Massnahmen ergreifen und nicht neue Konflikte schaffen, meinte er.

Gerechtigkeit für Völkermord

Guatemala, 7. Mai. Dies ist der Titel einer Presseerklärung, die die *Vereinigung für Gerechtigkeit und Versöhnung* (AJR), anlässlich der Einreichung einer Klage gegen Ríos Montt und vier weitere Ex-Militärs veröffentlichte. Wir zitieren Ausschnitte daraus:

"Die Angeklagten sind verantwortlich für die Ausarbeitung einer Militärstrategie, die keinen Unterschied machte zwischen der Zivilbevölkerung und der Guerilla. Dieser Strategie lag eine undifferenzierte, antikommunistische Ideologie zugrunde. Sie sah die indigene Bevölkerung als subversiv und als mit dem Kommunismus sympathisierend. Deshalb wurde unsere Ausrottung beschlossen. Dabei wurden die Prinzipien und Regeln des nationalen und internationalen Rechts bezüglich eines bewaffneten Konfliktes verletzt.

In den elf Massakern, die wir heute anzeigen, haben Militärkräfte unter Leitung ihrer höchsten Führung und unter Befolgung obenerwähnter Strategie rund 1400 Personen ermordet. Die Mehrheit davon waren Indígenas. Das Militär hat unsere Dörfer, unsere Ernten und unser Vieh zerstört. Die Massaker hatten die Flucht von zehntausenden von Personen zur Folge. Viele von ihnen starben an den Konsequenzen des Hungers, der Kälte oder an Krankheiten, während sie vom Militär ständig verfolgt wurden.

Die Massaker und anderen Verbrechen waren kein Zufall. Diese Taten wurden nicht begangen ohne das Wissen der Angeklagten, sondern waren Teil der Strategie, die sie ausarbeiteten und befehligten. Sie sind die Verantwortlichen des Genozids an unseren Schwestern und Brüdern.

Mit unserer Klage wollen wir nicht eine Hexenjagd starten. Wir suchen keine Rache. Im Gegenteil, wir fordern eine zivilisierte Anwendung des Gesetzes entsprechend den Rechten, die uns die Verfassung garantiert: Gleichheit und Gerechtigkeit.

Wir wollen den Angeklagten die Chance eines gerechten Prozess geben, etwas, das sie unseren Angehörigen nicht gewährten.

Wir wollen einen Staat aufbauen, der auf den Prinzipien von Transparenz und Verantwortung aufbaut. Nur so können wir eine wirklichen Versöhnung erreichen. Dieser Fall ist eine Chance für Guatemala, aus der Dunkelheit der Repression und der Einschüchterung zu treten und den hellen Weg Richtung Rechtsstaat und Gerechtigkeit zu beschreiten.

Fall Myrna Mack: Gericht annulliert Teil des Prozesses

Guatemala, 31. Mai. Während sich die beiden Parteien auf die Schlussverhandlung im Prozess gegen die Angeklagten im Mordfall Myrna Mack vorbereiten (siehe ¡fijáte! 235), annulliert das Schiedsgericht einen Teil des Prozesses und wies den Fall an die Zweite Kammer des Strafgerichts zurück.

In der Resolution heisst es, es sei ein 'gravierender Fehler' passiert, nämlich sei übersehen worden, Lucrécia Hernández, die Tochter der 1990 ermordeten Anthropologin, in den Prozess einzubeziehen. Die Präsidentin des Gerichts, Morelia Ríos Arana, erklärte, die Resolution sei von Amtes wegen erlas-

sen worden, keine der beiden Parteien habe sie verlangt. Die RichterInnen seien auf diese Unterlassung aufmerksam geworden, als sie die Beweislage des Falles prüften.

Wird die Resolution als gültig erklärt, bedeutet das die Annullierung aller Untersuchungen und Einvernahmen seit Mai 1999, inklusive der Resolution, die die geplante Schlussverhandlung ansetzte. Das Strafgericht müsse mit seinen Untersuchungen wieder beim damaligen Untersuchungsstand einsetzen.

Die Klägerin und Schwester der Ermordeten, Helen Mack, ist nicht einverstanden mit der Resolution. Es sei

nicht möglich, bereits abgeschlossene Phasen eines Prozesses wieder aufzunehmen. Sie werde alle rechtlichen Mittel ergreifen, um die Resolution anzufechten, erklärte Mack, denn an der umstrittenen Verhandlung habe der Anwalt ihrer Nichte teilgenommen. Insofern seien deren Rechte nicht verletzt worden.

Die Sprecherin der Stiftung Myrna Mack, Carmen Aída Ibarra, erklärte, dass dieser Rückschlag zu einem äusserst schwierigen Zeitpunkt stattfinde. Seit Beginn der Verhandlung seien sie mit Hindernissen konfrontiert, deren einziges Ziel es sei, die Straflosigkeit aufrechtzuerhalten.

Kongress gegen Steuerpaket

Guatemala, 8. Juni. Die Debatte um das neue Steuerpaket, das die Exekutive dem Kongress vorlegte, bestimmte die politischen Diskussionen der letzten Wochen (siehe auch ¡fijáte! Nr. 236).

Fast alle Sektoren sprachen sich (aus unterschiedlichen Gründen) dagegen aus. Die Argumente der UnternehmerInnen, die sich gar überlegten, zu einem Generalstreik aufzurufen, waren wirtschaftlicher Natur: Es sei nicht attraktiv für potentielle Investoren und es würde einmal mehr diejenigen treffen, die bereits genug Steuern bezahlten.

Die sozialen Sektoren hingegen warnten davor, kurzfristige Massnahmen zu ergreifen, die nicht im vor einem Jahr unterschriebenen Finanzpakt enthalten sind.

Am 31. Mai wurde das Steuerpaket vom Kongress abgelehnt.

Trotzdem riefen die *Jugendlichen für die Freiheit* am 1. Juni zu einer Protestkundgebung auf. In Trauerkleidung und mit den Slogans "Weg mit den Korrupten" und "Guatemala will nicht noch mehr Steuern" demonstrierten rund 800 Personen gegen die Regierung. Der Protest richtete sich auch gegen das kürzlich verabschiedete Arbeitsgesetz. Weiter machten die DemonstrantInnen Präsident Portillo für das "Klima der Unsicherheit" verantwortlich und kritisierten ihn wegen "mangelnder Transparenz und Verschleiss von öffentlichen Geldern". Damit bezogen sie sich auf einen Skandal rund um die Spesen seiner kürzlichen Reise nach Japan.

Leonel Soto Arango, Sprecher des Kongresses drohte damit, alle FahrzeugbesitzerInnen zu kontrollieren und zu büssen, die ihre Fahrzeuge mit Protestparolen beschrifteten, wie es die OrganisatorInnen der Demonstration vorschlugen. Seine Drohung hatte jedoch keine Wirkung und auch am darauffolgenden Freitag fanden wieder Proteste statt.

Ironischerweise kleidete sich an diesem Tag auch Präsident Portillo in schwarz. Nicht, wie er erklärte, um gegen die Steuern zu protestieren, sondern gegen die Hungerlöhne der armen Landbevölkerung. Welch ausgezeichnete Propaganda eines Präsidenten, der in den urbanen Gebieten sämtliche Glaubwürdigkeit verloren hat!

Diskriminierende Berichterstattung

Guatemala, 29. Mai. Die alternative Nachrichtenagentur CERIGUA veröffentlichte eine Studie über die Präsenz von Information über die Departemente in den guatemaltekischen Printmedien. CERIGUA kommt zum Schluss, dass nicht nur die Meldungen über regionale Ereignisse den Weg in die Medien nicht finden, sondern dass auch der Zugang der ländlichen Bevölkerung zu den Medien beschränkt ist. Die Untersuchung wurde in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres durchgeführt.

Einige Departemente können ihre Medienpräsenz aufrechterhalten (z.B. Quetzaltenango, Petén und Suchitepéquez) während über Nachrichten aus anderen Departementen fast nie in den Printmedien berichtet wird (z.B. El Progreso und Baja Verapaz).

Interessant ist, worüber berichtet wird, wenn aus den Regionen informiert wird: In den untersuchten Monaten nahmen generell die Meldungen aus den Departementen zu, bedingt durch die Zunahme der allgemeinen Unsicherheit und der vermehrten Delinquenz. 48% aller

Nachrichten aus den Regionen widmeten sich denn auch diesen Themen.

Von den untersuchten Themen besetzen auch die Menschenrechte viel Platz in den Medien. Dies hat laut CERIGUA damit zu tun, dass durch die erhöhte Gewaltbereitschaft die Verletzung von Menschenrechten zunimmt. Ausserdem habe die Presse die Tendenz, mehr über negative Ereignisse zu berichten als über positive. Dies sei speziell auch bei der Berichterstattung über die Friedensabkommen zu spüren.

Auch der Umweltschutz war, durch die jahreszeitlich bedingten Waldbrände, während der zwei Monate ein "Dauerbrenner" in den Zeitungen.

Dafür waren ethnische und geschlechterspezifische Themen in dieser Zeit quasi nicht präsent in den guatemaltekischen Medien.

Frauen kommen durchaus vor in den guatemaltekischen Medien, jedoch nur als (Sex-) Objekte. VertreterInnen verschiedener Frauenorganisationen aus San Marcos verurteilen eine Berichterstattung, die systematisch die Würde

der Frauen verletzt.

Jeanne Roblero von der Pastorelle für die Frau in San Marcos wies darauf hin, dass sowohl Fernsehen wie auch die Presse Frauen als Objekte brauchen, um für den Kauf von Konsumgütern zu werben.

Nun sei seit kurzem eine Pornozeitschrift auf dem Markt, in dem die Sexualität der Frau auf eine krankhafte Weise dargestellt werde. Die Publikation, die im ganzen Land käuflich sei, greife nicht nur den Körper und die Gefühle der Frauen an, sondern stärke auch eine Kultur der männlichen Vorherrschaft und fördere die sexuelle Ausbeutung von Frauen, kritisierte Roblero.

Otilia Lux de Cotí, Sport- und Kulturministerin, bedauerte, dass sie nichts gegen die Verbreitung dieser Zeitschrift unternehmen könne. In Guatemala gäbe es keine entsprechenden Anti-Diskriminierungsgesetze und unter der gegenwärtigen Gesetzeslage verstosse ein Verbot dieser Zeitung gegen das Recht der Meinungs- und Pressefreiheit, erklärte Lux de Cotí.

Campesin@s legen Landenteignungsprojekt vor

Guatemala, 21. Mai. Unter der ständigen Bedrohung der Fincabesitzer, geräumt zu werden und aus Mangel an eigenem Land, wo sie ansäen und ihre Häuser bauen können, haben BäuerInnenorganisationen ein Projekt zur Landenteignung ausgearbeitet. Das Projekt wurde der im Oktober letzten Jahres nach einer starken BäuerInnenmobilisierung gegründeten *Höchsten Kommission für Konfliktlösung* der nationalen Landkommission (CONTIERRA) vorgelegt. Die Ausarbeitung des Projektes lief unter Federführung der *Nationalen Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOC).

Vorgesehen ist die Enteignung von

zwanzig Fincas, die seit über 50 Jahren von Campesin@familien besetzt sind, die darauf ihre Häuser gebaut und angepflanzt haben. Die zwanzig Fincas liegen auf 15 Departemente verteilt.

Laut Daniel Pascual von der CNOC beruht das Projekt auf dem Enteignungsgesetz, der Verfassung und den Abkommen über die Identität und Rechte der indigenen Bevölkerung sowie demjenigen zur sozioökonomischen und Landfrage. Die Mitglieder der BäuerInnenorganisationen würden konstant bedroht, eingeschüchert und in Einzelfällen ermordet, erklärte Pascual.

Zur selben Zeit haben rund 300 Familien ein Gelände in der Nähe des

Gemeindehauptortes Asunción Mita, Jutiapa, besetzt. Das Gelände gehört dem Unternehmen *Lacteos* und der Generaldirektion der Abteilung Viehwirtschaft des Landwirtschaftsministeriums (MAGA).

Vor sechs Jahren wurden rund 250 Parzellen vom damaligen Institut für landwirtschaftliche Entwicklung (INTA) legalisiert. Dies ist aber nur ein Teil des Geländes, der Rest blieb unverteilt und ungenutzt, worauf es von den Familien besetzt wurde.

Unterdessen hat sich der staatliche Landfonds (FONTIERRA) eingeschaltet und versprochen, sich des Falles anzunehmen.

Alphabetisierungsprogramme gescheitert

Guatemala, 6. Juni. Gemäss Daten des Erziehungsministeriums haben durch die im letzten Oktober angelaufene, landesweite Alphabetisierungskampagne rund 360'000 Personen lesen und schreiben gelernt. Der ursprüngliche Widerstand der SchulabgängerInnen, als Voraussetzung für ihr Abschlusszeugnis an der Alphabetisierungskampagne teilzunehmen, habe nachgelassen. Aktuell nähmen 55'000 SchulabgängerIn-

nen an der Kampagne teil, informierte Erziehungsminister Mario Torres.

Während offiziell die Alphabetisierungskampagne gelobt wird, berichten die SchulabgängerInnen über ganz andere Realitäten. Der Aufwand für sie sei immens im Gegensatz zum Interesse der Bevölkerung, lesen und schreiben zu lernen. Im Verlaufe der Kurse würden zwischen 15% und 40% der Lernenden abspringen.

Der Plan des Erziehungsministeriums, bis zum Jahre 2004 den Analphabetismus auf 20% herunterzubringen, wird jedoch stur weiterverfolgt. Am 4. Juni startete eine Alphabetisierungskampagne am Radio, für die über 100 nationale Radiosender gratis Sendezeit zur Verfügung stellen. Die Programme werden auf Spanisch und in der jeweiligen Region gesprochenen Maya-Sprache ausgestrahlt.